Kap.	ID	Absender	Äußerung	Abwägungsvorschlag der Verbandsgeschäftsstelle
2.4.0.3	2978	Bürgermeisteramt der Stadt Offenburg 77654 Offenburg	Gemäß Kapitel 2.4.0.3 der Plansätze ist vorgesehen, "verfügbare Bauflächenpotenziale in unbeplanten Innenbereichen sowie in Bauleitplänen ausgewiesene, bislang noch nicht bebaute Flächen [...] auf den örtlichen Flächenbedarf anzurechnen. Es ist zu begrüßen, dass in der Begründung hierzu klargestellt wird, dass nur die "tatsächlich und rechtlich verfügbaren Bauflächenpotenziale und Bauflächenreserven" zu berücksichtigen und anzurechnen sind. Wir gehen davon aus, dass diese Klarstellung sowohl für unbeplante Innenbereiche wie auch für Bebauungsplangebiete gilt.	Kenntnisnahme Die zustimmende Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Da oftmals ein erheblicher Unterschied zwischen dem theoretischem und dem praktisch nutzbaren Bauflächenpotenzial im Siedlungsbestand besteht, sind gemäß PS 2.4.0.3 Abs. 3 lediglich verfügbare Flächen auf den Bauflächenbedarf anzurechnen. Dies gilt sowohl für unbeplante Innenbereiche wie auch für Bebauungsplangebiete.
2.4.1.2	757	Bürgermeisteramt der Stadt Offenburg 77654 Offenburg	Mit der vom Regionalverband beabsichtigten Festlegung von Orientierungswerten zur Begrenzung der Wohnbauflächenentwicklung wird das Ziel einer Reduzierung des "Flächenverbrauchs" und damit des Erhalts von Natur und Landschaft verfolgt. Auch die Stadt Offenburg hat grundsätzlich zum Ziel, nur in begrenztem Umfang neue Bauflächen zu entwickeln, da ein ressourcenschonender Umgang mit dem Boden sinnvoll und wichtig ist. Die Stadt Offenburg ist bereits seit längerem intensiv tätig, Innenentwicklungsreserven zu aktivieren (Kasernen, Bahnflächen, Spinnerei, Reserven in den Stadtteilen). In den letzten Jahren wurde ein umfassendes Baulandkataster erstellt. Eine ressourcenschonende Siedlungsentwicklung wird auch Ziel des in Aufstellung befindlichen Siedlungs- und Innenentwicklungskonzepts (SIO) sein, für das das Land Baden-Württemberg zwischenzeitlich erfreulicherweise die beantragte Förderung bewilligt hat. Dessen ungeachtet wird auch in Zukunft in Offenburg nicht vollständig auf Außenentwicklungen verzichtet werden können. Hierbei ist die oberzentrale Funktion Offenburgs und seine Bedeutung als Wirtschaftsstandort mit zahlreichen Arbeitsplätzen und Einpendlern zu beachten. Auch raumordnerisch ist es sinnvoll, wenn in Offenburg arbeitende Menschen auch die Möglichkeit haben, hier Wohnraum zu finden. Nach Einschätzung der Verwaltung besteht derzeit in Offenburg eine ungewöhnlich hohe Nachfrage nach Wohnraum. Bei der künftigen Wohnraumentwicklung darf es daher für Offenburg keine zu starren Einschränkungen geben, um ausreichend flexibel in der Entwicklung zu sein. Es ist daher zu begrüßen, dass im Regionalplan zur künftigen Siedlungsentwicklung im Bereich Wohnen keine verbindliche Vorgabe als Ziel der Raumordnung erfolgen soll, sondern stattdessen ein Orientierungswert als Grundsatz der Raumordnung aufgenommen werden soll, der noch eine gewisse Flexibilität ermöglicht. Eine Regelung im Regionalplan muss definierte Spielräume bieten, um die örtlichen Besonderheiten des Oberzentrums Offenburgs und die mit der oberzentralen Funktion verbundenen heutigen und künftigen, noch nicht alle im Detail bekannten Anforderungen zu berücksichtigen.	Kenntnisnahme Die zustimmende Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
2.4.1.2	2975	Bürgermeisteramt der Stadt Offenburg 77654 Offenburg	Für die zentral im Rheintal gelegenen Oberzentren Freiburg und Offenburg soll laut Entwurf der gleiche auf die aktuelle Einwohnerzahl bezogene Zuwachsfaktor von 0,45 % angewendet werden wie für alle anderen Gemeinden im "Siedlungsbereich". Hier ist eine genauere Begründung erforderlich, warum ein Zuwachsfaktor von 0,45 % für Offenburg sachgerecht ist. Es erscheint nicht sachgerecht, den gleichen Zuwachsfaktor sowohl für die Oberzentren wie auch für verschiedene kleinere Gemeinden mit geringerer zentralörtlicher Funktion anzuwenden, die zum Teil in engen Schwarzwaldtälern liegen und damit schon auf Grund der naturräumlichen Gegebenheiten wesentlich geringere Entwicklungsmöglichkeiten und -	Keine Berücksichtigung Die Stadt Offenburg ist gemäß PS 2.4.1.2 als "Gemeinde mit verstärkter Siedlungstätigkeit" festgelegt. Der als Grundsatz festgelegte regionalplanerische Orientierungswert bezieht sich auf allein auf die Einwohnerzahl zum Zeitpunkt der FNP-Fortschreibung. Die unterschiedliche Größe bzw. Einwohnerzahl der jeweiligen kommunalen Planungsträger ist somit bereits berücksichtigt. Der Wohnbauflächenbedarf ist in jedem Einzelfall den örtli-

			<p>erfordernisse aufweisen. Hier ist - wie vergleichbar bei den Siedlungsbereichen Gewerbe - eine Differenzierung erforderlich, die auf die Lage und Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinden sowie die zentralörtliche Funktion (Oberzentrum) Bezug nimmt. Den besonderen Anforderungen des Oberzentrums würde gerecht werden, wenn für die Oberzentren auf eine Begrenzung der Wohnbauflächenentwicklung generell verzichtet würde und so die besondere oberzentrale Funktion berücksichtigt wird. Eine vergleichbare Regelung ist für die Gewerbeflächenentwicklung bereits vorgesehen. Hilfsweise ist für Oberzentren ein höherer Zuwachsfaktor als Orientierungswert vorzusehen als für Gemeinden anderer zentralörtlicher Funktion. Weiter ist zu differenzieren, ob der Wohnungsmarkt in der jeweiligen Gemeinde bereits gesättigt ist, oder ob noch ein Nachholbedarf besteht. Für Offenburg ist die derzeit bestehende ungewöhnlich hohe Nachfrage nach Wohnraum, verbunden mit einem Engpass beim Wohnungsangebot, zu berücksichtigen.</p>	<p>chen Gegebenheiten anzupassen und zu begründen. Der als Grundsatz im Regionalplan festgelegte Orientierungswert ist dabei zu berücksichtigen. Die regionalplanerischen Orientierungswerte bieten somit ausreichend Spielraum (nach oben wie nach unten), um auch etwaigen aus der oberzentralen Funktion resultierenden Wohnbauflächenbedarfen Rechnung tragen zu können. Die Anregung, für die Stadt Offenburg auf die Festlegung eines Orientierungswerts für den Wohnbauflächenbedarf zu verzichten, wird daher nicht berücksichtigt. Auch der hilfsweise vorgetragene Anregung, für die Stadt Offenburg (Gemeinde mit verstärkter Siedlungstätigkeit) einen höheren Orientierungswert in den Regionalplan aufzunehmen, wird nicht gefolgt. Materiell ist kein Konflikt erkennbar.</p>
2.4.1.2	2976	Bürgermeisteramt der Stadt Offenburg 77654 Offenburg	<p>Es ist klarzustellen, dass die geplanten Orientierungswerte für die Wohnbaulandentwicklung nur auf neue Ausweisungen im Flächennutzungsplan anzuwenden ist. Unter dem Gesichtspunkt des Vertrauensschutzes für die Beteiligten an laufenden Baulandentwicklungen kann sie nicht auf bereits bestehende Ausweisungen im Flächennutzungsplan und laufende Baulandentwicklungen angewendet werden.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Anpassungspflicht geht gemäß § 1 Abs. 4 BauGB nur von Zielen der Raumordnung aus. Der Orientierungswert für den Wohnbauflächenbedarf ist als Grundsatz festgelegt und gemäß § 4 ROG zu berücksichtigen. Ein materieller Konflikt ist nicht erkennbar.</p>
2.4.1.2	2977	Bürgermeisteramt der Stadt Offenburg 77654 Offenburg	<p>Es ist nicht möglich und auch nicht sinnvoll, jedes Jahr im gleichen Umfang Bauland auszuweisen. Auf Grund von nicht oder nur schwer beeinflussbaren äußeren Rahmenbedingungen wie z. B. Eigentümerzustimmungen und damit verbundenen Verfahrensdauern schwankt die Ausweisung von Bauland über die Jahre stark. Es ist daher klarzustellen, dass der im Regionalplan vorgesehene Orientierungswert als Mittelwert über die zu definierende Laufzeit des Regionalplans zu sehen ist und nicht pro Jahr gesondert anzuwenden ist.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der regionalplanerische Orientierungswert für den Wohnbauflächenbedarf ist gemäß § 4 Abs. 1 ROG im Rahmen der Bauleitplanung zu berücksichtigen. Der Orientierungswert ist daher weder "als Mittelwert über die zu definierende Laufzeit des Regionalplans zu sehen" noch "pro Jahr gesondert anzuwenden". Die Bezugnahme auf einen Jahreswert ("0,45 % pro Jahr") ermöglicht es den kommunalen Planungsträgern (sowie den FNP-Genehmigungsbehörden), für das jeweils anstehende FNP-Verfahren einen individuellen, der Planung bzw. dem Planungshorizont angepassten Orientierungswert für den Wohnbauflächenbedarf zu ermitteln.</p>
2.4.1.2	2979	Bürgermeisteramt der Stadt Offenburg 77654 Offenburg	<p>Der Entwurf des Regionalplans sieht vor, die als Berechnungsgrundlage zu Grunde zu legenden Bruttowohndichten allein nach der zentralörtlichen Funktion zu definieren. Für Freiburg und Offenburg soll die gleiche Bruttowohndichte von 90 Einwohnern/ha als Berechnungsgrundlage angesetzt werden. Dies ist jedoch nicht sachgerecht. Bei dieser Festlegung muss auf die jeweilige siedlungsstrukturelle und naturräumliche Situation Rücksicht genommen werden, die in Freiburg und Offenburg deutlich unterschiedlich ist. So weisen Gemeinden ohne oder mit geringer zentralörtlicher Funktion im unmittelbaren Umland von Freiburg zum Teil eine deutlich dichtere Bebauung als die meisten Offenburger Stadtteile auf. Die als</p>	<p>Kenntnisnahme (bereits im Planentwurf berücksichtigt)</p> <p>Eine entsprechende Abweichungsmöglichkeit ist in PS 2.4.1.2 Abs. 4 bereits formuliert. Die Anregung, bei den zugrunde zu legenden Bruttowohndichten "auf die jeweilige siedlungsstrukturelle und naturräumliche Situation Rücksicht" zu nehmen, ist daher bereits im Plan berücksichtigt.</p>

			Berechnungsgrundlage zu Grunde zu legende Bruttowohndichte ist daher nicht nur nach der zentralörtlichen Funktion zu bestimmen. Für Offenburg als Oberzentren im "Verdichtungsraum im ländlichen Raum" ist maximal die gleiche Bruttowohndichte wie für Mittelzentren im "Verdichtungsraum" zu Grunde zu legen.	
2.4.2.4	2980	Bürgermeisteramt der Stadt Offenburg 77654 Offenburg	Der "Gewerbepark Raum Offenburg" soll "von Nutzungen, die ihrer Funktion als Standorte für großflächige oder stark emittierende Betriebe entgegenstehen oder diese einschränken, freigehalten werden. Baugrundstücke sollen eine Mindestgröße von 1 Hektar nicht unterschreiten" (Plansätze 2.4.2). Diese Einschränkung ist nicht erforderlich und wird abgelehnt. Es ist kein Grund zu erkennen, warum die zulässigen Nutzungen und Grundstücksgrößen im Gewerbepark Raum Offenburg eingeschränkt werden sollen, in anderen interkommunalen Gewerbegebieten in der Umgebung Offenburgs jedoch freigegeben werden sollen. Primäre Zielsetzung des Gewerbeparks Raum Offenburg (Gewerbepark "hoch3") ist es, mangels geeigneter anderweitiger Entwicklungsmöglichkeiten für Gewerbeflächen in Offenburg und in den Umlandgemeinden, sukzessive einen größeren, zusammenhängenden gewerblichen Entwicklungsschwerpunkt für die kommenden Jahre und Jahrzehnte im Raum Offenburg zu schaffen. Damit sollen in erster Linie räumliche Entwicklungsmöglichkeiten für die Ansiedlung, Erweiterung und Verlagerung orts- und regionsansässiger Betriebe im Sinne des Gewerbebestandsschutzes geboten und die Abwanderung bestehender Unternehmen wegen fehlender Ansiedlungsmöglichkeiten vor Ort verhindert werden. Aus dieser Zielsetzung ergibt sich auch die Anforderung, je nach Größe der ansiedlungsinteressierten Unternehmen und des erforderlichen Flächenbedarfs auch Grundstücke entsprechender Größenordnung zu bilden und flexibel parzellieren zu können. Eine Beschränkung der Grundstücksgröße auf mindestens ein Hektar lässt sich mit dieser Zielsetzung nicht vereinbaren. Die oben genannte Einschränkung ist daher zu streichen.	Berücksichtigung (teilweise) Die Anregung, PS 2.4.2.4 Satz 2 (Mindestgröße für Baugrundstücke von 1 ha) zu streichen, wird angesichts der unterschiedlichen Rahmenbedingungen und nachvollziehbaren Entwicklungsvorstellungen der drei großen interkommunalen Gewerbegebiete berücksichtigt. Zur Klarstellung wird die Begründung zu PS 2.4.2.4 in Abs. 3 und 4 wie folgt neu gefasst: "In den drei regionalbedeutsamen Gewerbegebieten sollen große zusammenhängende Gewerbeflächen und Flächen für stark emittierendes Gewerbe vorsorgend vorgehalten werden. Aufgrund der besonderen Standortbedingungen ist es erforderlich, entgegenstehende Nutzungen (einschließlich Wohnen, Einzelhandel, nicht großflächige bzw. nicht stark emittierende Betriebe) von den genannten Standorten auszuschließen. Auch über die Festsetzung einer Mindestgröße der Baugrundstücke (§ 9 Abs. 1 Nr. 3 BauGB) kann gewährleistet werden, der gewerblichen Wirtschaft solche Flächenangebote mittel- und langfristig in allen Teilräumen vorzuhalten. Zugleich soll damit einer Sogwirkung auf kleine, nichtstörende, ortsverträgliche Betriebe in den umliegenden Städten und Gemeinden vorgebeugt werden." Die grundsätzliche in PS 2.4.2.4 Satz 1 genannte regionalbedeutsame Aufgabe der großen interkommunalen Gewerbegebiete bleibt aus den o. g. Gründen erhalten. Die Anregung wird somit teilweise berücksichtigt.
2.4.4.7	2981	Bürgermeisteramt der Stadt Offenburg 77654 Offenburg	Das geplante Möbelhaus Braun, für das das Raumordnungsverfahren inzwischen abgeschlossen ist, ist als "Vorbehaltsgebiet für nicht-zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte" zu ergänzen.	Keine Berücksichtigung Eine Aufnahme des geplanten Standorts des Möbelhauses als Vorbehaltsgebiet für nicht-zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte ist weder sachlich erforderlich noch rechtlich geboten, da dem Vorhaben keine Ziele und Grundsätze der Raumordnung entgegenstehen und der Regionalverband das Vorhaben als raumordnerisch verträglich ansieht. Die Anregung, in der Stadt Offenburg ein viertes (als Grundsatz festgelegtes) Vorbehaltsgebiets für nicht-zentrenrelevante Einzelhandelsgroßprojekte zu ergänzen, wird daher nicht berücksichtigt. Ein materieller Konflikt besteht nicht.
3.1	2982	Bürgermeisteramt der Stadt Offenburg 77654 Offenburg	Regionale Grünzüge und Grünzäsuren (Kap. 3.1) Der Regionalverband hat zu den beabsichtigten Neuausweisungen begrüßenswerter Weise eine Vorabstimmung mit der Stadtverwaltung Offenburg durchgeführt, um den Regionalplanentwurf mit aktuellen gemeindlichen Planungen abzugleichen. Zuvor noch vorhandene Überschneidungen mit aktuellen Pla-	Kenntnisnahme Die allgemeinen Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass es entgegen der Dar-

			<p>nungen der Stadt Offenburg und Flächenausweisungen des Flächennutzungsplans bestehen dadurch nicht mehr.</p> <p>Die zusätzliche Ausweitung von regionalen Grünzügen und Grünzäsuren stellt jedoch eine Einschränkung für künftige, noch nicht bekannte Entwicklungen dar. Die Begründung des Regionalverbands für die starke Ausweitung der regionalen Grünzüge bleibt sehr allgemein. Die im Rahmen der Offenlage vorgelegte tabellarische Begründung für die Grünzäsuren ist sehr knapp gefasst. Hier ist angesichts der damit verbundenen Beschränkungen für die gemeindliche Entwicklung eine ausführlichere Begründung erforderlich.</p>	<p>stellung der Stadt Offenburg durch den Offenlage-Entwurf im Vergleich zum geltenden Regionalplan zu keiner starken Ausweitung der Regionalen Grünzüge oder Grünzäsuren auf Gebiet der Stadt Offenburg kommt. Die Grünzugskulisse verringert sich um ca. 30% von ca. 2.260 auf ca. 1.850 ha und wird dabei an zahlreichen Stellen vom Siedlungsrand abgerückt. Demgegenüber erhöht sich die Anzahl der Grünzäsuren im Stadtgebiet von ein auf drei, wobei jedoch eine geplante Grünzäsur praktisch flächenspezifisch an die Stelle eines bestehenden Grünzugs tritt. Bezüglich Auswahlmethodik und planerischer Begründung der Regionalen Grünzüge und Grünzäsuren wird auf die Begründungen zu den PS 3.1.1 und 3.1.2 des Offenlage-Entwurfs, bezüglich der hierbei abwägend berücksichtigten freiraumplanerischen Begründungen auf die Raumanalyse des Landschaftsrahmenplans verwiesen, die als ergänzende Unterlage am Offenlage- und Beteiligungsverfahren teilnahm.</p>
3.1.1	2983	Bürgermeisteramt der Stadt Offenburg 77654 Offenburg	Das bestehende Klärwerk des AZV Raum Offenburg liegt im regionalen Grünzug. Die heutige und künftige Nutzung darf hierdurch nicht erschwert werden.	<p>Kenntnisnahme (kein Konflikt)</p> <p>In bestehende Nutzungen und Rechte wird durch regionalplanerische Festlegungen nicht eingegriffen. Eine etwaige Erweiterung der im bestehenden Regionalen Grünzug liegenden Kläranlage bzw. damit in Verbindung stehender Ver- und Entsorgungseinrichtungen wird auch künftig als standortgebundene bauliche Anlage der technischen Infrastruktur im Einzelfall ausnahmsweise zulässig sein (siehe PS 3.1.1 Abs. 2 (Z)). Eine Konfliktstellung besteht somit nicht.</p>
3.1.1	2985	Bürgermeisteramt der Stadt Offenburg 77654 Offenburg	Die geplante Skateranlage in Windschläg liegt im regionalen Grünzug. Die Umsetzung dieser Planung darf hierdurch nicht erschwert werden.	<p>Kenntnisnahme (kein Konflikt)</p> <p>Dem Regionalverband wurden keine genaueren Angaben zu Art und Standort des geplanten Vorhabens vorgelegt. Nach der Presseberichterstattung soll die Skateranlage, deren Realisierung bis Ende 2014 beginnen sollte, direkt an der Grenze des im geltenden Regionalplan festgelegten Regionalen Grünzugs am Rande des bestehenden Sportplatzes Windschläg errichtet werden und eine Flächengröße von unter 500 m² umfassen. Hiernach ergeben sich keine Anhaltspunkte dafür, dass das Vorhaben eine Raumbedeutsamkeit aufweist und von den Festlegungen des bestehenden Regionalplans bzw. des Offenlage-Entwurfs erfasst werden könnte. Insofern wird davon ausgegangen, dass keine Konfliktstellung gegeben ist.</p>
3.1.2	2984	Bürgermeisteramt der Stadt Offenburg 77654 Offenburg	Eine Grünzäsur grenzt unmittelbar nördlich an den Betriebsstandort der Fa. Burgert an der Okenstraße in Bohlsbach an. Die gewerbliche Tätigkeit darf hierdurch nicht erschwert werden.	<p>Kenntnisnahme (kein Konflikt)</p> <p>Das Gelände des Gewerbebetriebs entsprechend dem Geltungsbereich des bestehenden Bebauungsplans "Am Friedhof" ist nicht Teil der geplanten Grünzäsur. In bestehende Nutzungen und Rechte wird durch regionalplanerische</p>

				sche Festlegungen nicht eingegriffen. Eine Konfliktstellung besteht somit nicht.
3.2	2986	Bürgermeisteramt der Stadt Offenburg 77654 Offenburg	Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Kapitel 3.2) Auch zu den neu vorgesehenen Vorranggebieten ist eine Vorab-stimmung mit der Stadt Offenburg erfolgt. Überschneidungen mit laufenden Planungen und bestehen den Nutzungen wurden berücksichtigt. Die vorgelegte tabellarische Begründung für die einzelnen Vor-ranggebiete ist sehr knapp gefasst. Hier ist angesichts der damit verbundenen Beschränkungen für die gemeindliche Entwicklung eine ausführlichere Begründung erforderlich. Auf Offenburger Gemarkung sind bereits durch FFH-, Vogelschutz- und Naturschutzgebiete zahlreiche Gebiete für den Naturschutz reserviert, die auch im Regionalplan nachrichtlich dargestellt sind. Dieser Sachverhalt ist in die Abwägung zur die Ausweisung weiterer Vorranggebiete einzustellen.	Kenntnisnahme (kein Konflikt) Die allgemeinen Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Bezüglich Auswahlmethodik und planerischer Begründung der Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege wird auf die Begründungen zum PS 3.2 des Offenlage-Entwurfs, bezüglich der hierbei abwägend berücksichtigten naturschutzfachlichen Begründungen auf die Raum-analyse des Landschaftsrahmenplans sowie das Fachgutachten "Für die Fauna wichtige Bereiche in der Region Südlicher Oberrhein" verwiesen, die als ergänzende Unterlagen am Offenlage- und Beteiligungsverfahren teilnahmen. Es wird zudem darauf hingewiesen, dass sich im Offenlage-Entwurf die Flächenkulisse der Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege im Vergleich zur Kulisse der entsprechenden Vorrangbereiche für wertvolle Biotop des geltenden Regionalplans im Gebiet der Stadt Offenburg um ca. ein Drittel von ca. 394 auf ca. 257 ha verringert hat. Von der Stadt Offenburg wurden im Verfahren im Übrigen keine gebietskonkreten Anregungen oder Bedenken gegen die Festlegung der Vorranggebiete vorgebracht.
4.1	2990	Bürgermeisteramt der Stadt Offenburg 77654 Offenburg	Zu begrüßen ist, dass die Anbindung von Offenburg (und Freiburg) an das innerdeutsche und europäische (Eisenbahn-) Hochgeschwindigkeitsnetz im Textteil als Grundsatz enthalten ist.	Kenntnisnahme Die zustimmenden Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.
4.1.0	2988	Bürgermeisteramt der Stadt Offenburg 77654 Offenburg	In Kapitel 4.1.0 der Plansätze ist als Grundsatz enthalten: "Beim Aus- und Neubau von Verkehrswegen soll der flächensparende Ausbau Priorität vor einem Neubau von Verkehrstrassen, die Trassenbündelung Vorrang vor der Anlage neuer Trassen haben". Dies ist generell raumordnerisch sinnvoll. Jedoch kann es im Einzelfall, zum Beispiel beim Bahnausbau, verträglicher sein, eine neue Trasse zu wählen als die bestehende Trasse auszubauen. Dies gilt insbesondere für den geplanten Bahnausbau im Stadtgebiet Offenburg. Die Stadt Offenburg lehnt einen viergleisigen Ausbau der bestehenden zweigleisigen Bahntrasse innerhalb des Stadtgebiets Offenburg ab und fordert den Bau eines Güterzugtunnels. Ein viergleisiger Ausbau innerhalb des Stadtgebiets (sogenannte "A3-Trasse") wäre insbesondere auf Grund damit verbundenen Belastungen und Gefahren für die Bevölkerung und der unvermeidbaren städtebaulichen Auswirkungen unverträglich. Stattdessen stellt der Bau einer neuen zweigleisigen Trasse zur Umfahrung des Stadtgebiets in Form eines Güterzugtunnels eine vertretbare und machbare Planungslösung dar. Der Regionalplan darf der Realisierung dieser im Gegensatz zur "A3-Trasse" vertretbaren und machbaren Trasse nicht entgegenstehen oder sie behindern, indem er eine generelle Trassenbündelung fordert. Dies ist auf geeignete	Keine Berücksichtigung Die Festlegung des PS 4.1.0 Abs. 7 als regionalplanerischen Grundsatz räumt der nachgelagerten kommunalen Ebene und den Fachplanungen Abwägungs- und Ermessensspielräume ein. In begründeten Fällen ist somit eine Abweichung von PS 4.1.0 möglich. (Dies zeigen nicht zuletzt die unter PS 4.1.1 Abs. 2 und PS 4.1.2 Abs. 2 genannten Schienen- und Straßenprojekte sowie die unter PS 4.1.0 Abs. 2 ebenfalls als Grundsatz festgelegten Aussagen.) Die angeregte Ergänzung des PS 4.1.0 wird daher nicht berücksichtigt.

			Weise im Regionalplan klarzustellen und festzulegen. Der oben genannte Grundsatz ist daher wie folgt zu ergänzen: "Beim Aus- und Neubau von Verkehrswegen soll - der flächensparende Ausbau Priorität vor einem Neubau von Verkehrsstrassen, - die Trassenbündelung Vorrang vor der Anlage neuer Trassen haben, wenn es sich hierbei um die menschen- und umweltverträglichste Lösung handelt." In der Begründung ist klarzustellen, dass der genannte Grundsatz nicht dem Bau eines Güterzugtunnels in Offenburg entgegensteht oder für ihn eine Einschränkung darstellt.	
4.1.1	2989	Bürgermeisteramt der Stadt Offenburg 77654 Offenburg	Es ist sehr zu begrüßen, dass der Güterzugtunnel Offenburg und der Aus-/Neubau 3. und 4. Gleis Offenburg - Riegel im Textteil des Regionalplans als Vorschlag genannt sind. Zu dieser Planung von großer Wichtigkeit und hoher Raumbedeutsamkeit ist jedoch eine reine Nennung als Vorschlag nicht ausreichend. Insbesondere die Planung des Güterzugtunnels ist als die im Gegensatz zur "A3-Trasse" vertretbare und machbare Trasse mit allen der Regionalplanung zur Verfügung stehenden Instrumenten festzuschreiben und in der Realisierung zu fördern. Mindestens ist eine Ausweisung als "Trassenfreihaltung" entsprechend der aktuell von der Deutschen Bahn und der Stadt Offenburg verfolgten Trassierung vorzunehmen. Diese Ausweisung ist nicht nur im Textteil, sondern auch in der Raumnutzungskarte vorzunehmen, damit diese raumbedeutsame Planung dort vermerkt ist und eventuelle Überschneidungen mit anderen Planungen deutlich werden. Soweit für den Bahnausbau südlich von Offenburg noch zwei unterschiedliche Trassenalternativen bestehen, können beide Trassen als "Trassenfreihaltung" ausgewiesen werden.	Keine Berücksichtigung Über die Trassierung der geplanten Neubautrassen des 3. und 4. Gleises der Rheintalbahn entscheidet die Fachplanung Verkehr in eigener Zuständigkeit. Angesichts der Vielzahl der bestehenden Trassenvarianten, wäre es nicht sachgerecht, lediglich einzelne Vorzugsvarianten darzustellen. Auf die Festlegung von Vorrang oder Vorbehaltsgebieten zur Trassensicherung wird daher verzichtet. Die Anregung wird somit nicht berücksichtigt.
4.1.1	2991	Bürgermeisteramt der Stadt Offenburg 77654 Offenburg	In der Raumnutzungskarte sind alle bestehenden Bahnhöfe mit demselben Symbol dargestellt. Hier ist für die Bahnhöfe Offenburg und Freiburg ein gesondertes Symbol zu verwenden, um der oben genannten Bedeutung als Verknüpfungspunkt mit dem Eisenbahn- Fernverkehrsnetz Rechnung zu tragen. Das Symbol ist mit dem o. g. Grundsatz zu verknüpfen.	Keine Berücksichtigung Die Anregung, die Bahnhöfe Freiburg und Offenburg mit einem gesonderten Symbol in der Raumnutzungskarte zu kennzeichnen, wird nicht berücksichtigt. Auch die Verwaltungsvorschrift (VwV Regionalpläne) sieht keine gesonderte Darstellung für Bahnhöfe des Eisenbahn- Fernverkehrsnetzes vor. Auf PS 4.1.1 Abs. 1 Pkt. 2 ("Anbindung der Oberzentren Freiburg und Offenburg ...") wird verwiesen.
4.1.1	2992	Bürgermeisteramt der Stadt Offenburg 77654 Offenburg	Es finden sich in der Raumnutzungskarte und im Textteil keine Aussagen zu geplanten Bahnhaltepunkten. Geplante Bahnhaltepunkte wie z. B. OG-Landratsamt/Messe sind wegen ihrer hohen Raumbedeutsamkeit in der Raumnutzungskarte und im Textteil darzustellen.	Keine Berücksichtigung Auf die zeichnerische Darstellung geplanter Haltepunkte des Schienenpersonennahverkehrs in der Raumnutzungskarte wird insgesamt verzichtet, die Anregung somit nicht berücksichtigt. Eine Aktualisierung der nachrichtlich dargestellten Haltepunkte in der Raumnutzungskarte kann auch unabhängig einer Fortschreibung des Regionalplans erfolgen.
4.1.2	2993	Bürgermeisteramt der Stadt Offenburg 77654 Offenburg	Auch bei Offenburg berührenden regionalbedeutsamen Straßenprojekten sind nicht nur Vorschläge zu nennen, sondern eine verbindlichere Festlegung zumindest als "Trassenfreihaltung" ist vorzunehmen. Die regionalbedeutsamen Straßenprojekte sind nicht nur im Textteil zu nennen, sondern wegen ihrer Raumbedeutsamkeit auch in die Raumnutzungskarte einzutragen. Gegebenenfalls sind auch mehrere Alternativtrassen darzustellen, um die entsprechenden	Keine Berücksichtigung In der Raumnutzungskarte werden in Form einer nachrichtlichen Übernahme bestehende oder kurz vor der Realisierung stehende Infrastrukturvorhaben, für die ein Planfeststellungsverfahren abgeschlossen wurde, darge-

			Trassen freizuhalten.	stellt. Angesichts einer Vielzahl an denkbaren Trassenvarianten wäre es nicht sachgerecht, einzelne Vorzugsvarianten in Form von Vorranggebieten oder Vorbehaltsgebieten zur Trassensicherung festzulegen. Die Anregung, "Freihaltetrassen" in der Raumnutzungskarte darzustellen, wird daher nicht berücksichtigt.
4.1.4	2994	Bürgermeisteramt der Stadt Offenburg 77654 Offenburg	Gemäß Regionalplanentwurf sollen die Flugplätze Offenburg, Lahr, Freiburg und Bremgarten für Zwecke der Allgemeinen Luftfahrt bedarfsgerecht erhalten und gesichert werden. Dies entspricht für den Flugplatz Offenburg jedoch nicht mehr der aktuellen Situation. Auf Beschluss des Gemeinderats Offenburg wurde der Flugplatz Offenburg schon vor einigen Jahren als Sonderlandeplatz eingestuft und dient nur noch dem Segelflugbetrieb sowie einzelnen Unternehmen und nicht mehr der Allgemeinen Luftfahrt. Er ist daher nicht zu nennen.	Berücksichtigung Die Anregung ist nachvollziehbar. Der Flugplatz Offenburg wird aus der Aufzählung in PS 4.1.4 Abs. 1 und der dazugehörigen Begründung gestrichen.
4.2.2	2995	Bürgermeisteramt der Stadt Offenburg 77654 Offenburg	Zwar bieten sich für eine Nutzung von Photovoltaik in erster Linie Dachflächen an, weil somit nicht zusätzlich in Natur und Landschaft eingegriffen wird. An geeigneten Standorten sind jedoch auch Freiflächen-Photovoltaikanlagen ein sinnvolles Instrument, um die für die Energiewende und den Klimaschutz erforderliche Zunahme der erneuerbaren Energien zu erreichen. Aufgrund der gesetzlichen Regelungen im Erneuerbare Energien-Gesetz sind solche Anlagen vorzugsweise außerorts entlang von Autobahnen und Eisenbahnstrecken zu errichten. Diese Bereiche sind im Regionalplan jedoch häufig als regionale Grünzüge ausgewiesen.. Eine Freiflächen-Photovoltaikanlage greift in einen regionalen Grünzug deutlich weniger ein als z. B. ein Industriegebiet mit umfassenden versiegelten Flächen und Störungen durch Verkehr und Emissionen. Es ist daher vor dem Hintergrund des Klimaschutzziels zu begrüßen, dass jetzt eine Ausnahmeregelung im Regionalplan getroffen werden soll, so dass Freiflächen-Photovoltaikanlagen auch in regionalen Grünzügen errichtet werden können.	Kenntnisnahme Die zustimmende Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
RNK	2987	Bürgermeisteramt der Stadt Offenburg 77654 Offenburg	In der Raumnutzungskarte sind "Vorrangfluren Stufe 1" der Landwirtschaft sowie "Kernflächen, Trittsteine und Verbundkorridore des Biotopverbunds" nachrichtlich dargestellt. Diese nachrichtliche Darstellung kann Missverständnisse hervorrufen, da der Datenbestand offensichtlich nicht aktuell ist. So sind bereits bebaute Flächen des Gewerbeparks Raum Offenburg als "Vorrangfluren Stufe 1" dargestellt. Eine Teilfläche des Gewerbeparks ist als "Kernfläche, Trittsteine und Verbundkorridor des Biotopverbunds" dargestellt. Diese Darstellungen sind daher zu überprüfen und vorzugsweise zu streichen. Die "nachrichtliche Übernahme" "Kernflächen, Trittsteine und Verbundkorridore des Biotopverbunds" war der Stadt Offenburg bisher nicht bekannt und ist nicht mit der Stadt Offenburg abgestimmt. Ohne vorherige vertiefte Information und Abstimmung kann diese Darstellung nicht in den Regionalplan übernommen werden.	Kenntnisnahme (kein Konflikt) In der Raumnutzungskarte des Offenlage-Entwurfs werden die "landwirtschaftliche Vorrangflur Stufe 1" auf Grundlage der digitalen Flurbilanz Baden-Württemberg sowie "Kernflächen, Trittsteine und Verbundkorridore des Biotopverbunds" auf Grundlage des Generalwildwegplans Baden-Württemberg bzw. der Regionalen Biotopverbundkonzeption (siehe Raumanalyse Landschaftsrahmen-plan) zur Information nachrichtlich dargestellt. Diese rein nachrichtlichen Darstellungen entfalten keine eigene Rechtswirkung. Ihnen liegt eine Raumbewertung nach ausschließlich fachlichen Gesichtspunkten zugrunde, die die planungsrechtliche Widmung von Flächen nicht berücksichtigt. Auch werden sie nicht im Hinblick auf Änderungen der tatsächlichen Nutzung fortlaufend aktualisiert. Eine Konfliktstellung zu bestehenden baulichen Nutzungen oder bauleitplanerischen Flächenwidmungen ist nicht gegeben. Eine Einzeländerung der rein nachrichtlichen Darstellung im genannten Bereich ist weder möglich noch erforderlich.